Saar-Zeitung

18 W 72 — DISSIPAT ATQVE FOVET — gegründet

Organ der Zentrumspartei für den Saargau

Tage- und Anzeigenblatt für Handel u. Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 4,50 Frs. Mit der Post bezogen 4,50 Frs. Zeilenpreise: Die 6gespaltene m/m. Zeile, 40 m/m. breit 0,25 Frs., für Deutschland 0,25 Frs., umgerechnet zum Tageskurs, Ausland 0,30 Frs. Die 90 m/m breite Reklamezeile 0,60 Frs.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. In Saarlouis die Geschäftsstelle, Kleiner Markt Nr. 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 82 Postfach 39.

Nr. 47. — Saarlouis, Montag, den 10. März 1924. — 53. Jahrgang.

Not'age der Saarbergleute.

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hatte für heute den Sechzehnerausschuß und die Vorstandsmitglieder eingeladen, um zu dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen Stellung zu nehmen. Die Stimmung war angesichts des geringen Angebot der Bergwerksdirektion sehr erregt. Einzelne Delegierte sprachen sich gegen die Annahme aus, andere dagegen waren der Ansicht, daß dieses Angebot als ein vorläufiges angenommen und daß sofort weitere Schritte zwecks angemessener Erhöhung der Löhne unternommen werden müßten.

In seiner Eröffnungsansprache führte Bezirksleiter Kuhnen an der Hand eines im „Saarbergknappen" erschienenen Artikels des M. d. L. Kiefer aus, daß der Reallohn der Saar-Bergleute gegenwärtig täglich nicht einmal einen Dollar betrage, während er im Februar noch ca. 1,10 Dollar und vor drei Jahren ungefähr 1,83 Dollar ausgemacht hatte. Dabei sei die Teuerung seit Einführung des Franken um über 40 Prozent gestiegen.

In dem Artikel ist ferner nachgewiesen, daß eine Erhöhung der Löhne möglich ist, denn die Kopfleistung des einzelnen Arbeiters ist von 460 Kg. im Januar 1920 auf 682 Kg. im Oktober 1923 gestiegen, also um mehr als 50 Prozent. Die Kohlenpreise seien zwar um 10 Prozent herabgesetzt worden, doch sei die Kohlensteuer gleichfalls, und zwar in höherem Maße, von 20 Prozent auf 4 Prozent herabgesetzt worden.

Der Redner gab dann eine eingehende Schilderung der Verhandlungen in Paris, an der „Quelle des Widerstandes" gegen eine Lohnerhöhung. Kuhnen schilderte den Verlauf des bereits gemeldeten Empfanges beim französischen Arbeitsminister Le Trocquer. Ihm wurde die Lage im Saargebiet geschildert, wo die Lebensverhältnisse teurer seien als in Frankreich. Den Saararbeitern gehe es augenblicklich sehr schlecht. Im Lohn stünden sie schlechter als die übrigen Berufe und durch die Feierschichten seien sie ganz erheblich geschädigt worden. Frankreich werde bei der weiteren Entwertung des Franken nicht an einer Erhöhung der Kohlenpreise vorbeikommen, und dann sei eine Lohnerhöhung erst recht möglich. Der Minister erwiderte, daß die Forderung von 5 Frs. Schichtzulage für die Bergverwaltung undiskutabel sei, nicht einmal die Hälfte sei möglich. Zwar sei ein Vergleich mit den französischen Bergleuten nicht möglich, da die Verhältnisse im Saargebiet in der Tat teurer seien als in Frankreich, und so müsse wohl eine Erhöhung tatsächlich bewilligt werden. Was die Kohlenpreise anlange, so wolle wolle man sie durchaus nicht erhöhen, sondern sogar noch herabsetzen, denn jede Kohlenpreiserhöhung bedeute eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung. Man dürfe nicht behaupten, daß die Saargruben sich glänzend rentierten. Sie seien auf 300 Millionen Goldfranken abgeschätzt, und wenn diese Summe verzinst und amortisiert würde, so bliebe in der Tat nur ein geringer Gewinn.

Am gleichen Tage fanden dann neue Verhandlungen im Verwaltungsrat der Saargruben statt, zu denen der Minister die Generaldirektion veranlaßt hatte, an denen auch der Generaldirektor Defline auch der technische Leiter St. Claire Deville teilnahm. Nachdem Defline zuerst für die Hauer 2 Frs. und zwar 1 Frs. feste Zulage und 1 Frs. aufs Gedinge bewilligt hatte, jedoch so, daß die anderen Gruppen dann abgesetzt um 10 Cts. weniger erhalten sollten, sodaß die 4. Lohngruppe über Tage nur 1,50 Frs. erhalten hätte, wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Am anderen Morgen aber fortgesetzt mit dem bereits bekannt gegebenen Ergebnis.

Kuhnen hob dann hervor, daß das Angebot durchaus nicht befriedigend und durch die weitere Frankenentwertung schon längst überholt sei. Trotz alledem aber empfehle die Abordnung die Annahme des Pariser Angebots. Das Angebot könne nur als ein vorläufiges bezeichnet werden, darüber habe man in den Pariser Instanzen keinen Zweifel gelassen, daß man das Angebot nur als einen Ausgleich ansehe, der gegeben werde, um die Löhne der Saarbergleute, die in einen Grenzgebiet wohnen, an die Löhne der französischen und lothringischen Bergleute heranzubringen. Auch in Frankreich gähre es gewaltig unter der Bergarbeiterschaft, und der Präsident des Verwaltungsrates der Saargruben Fontaine habe ausdrücklich hervorgehoben, daß in der heutigen Zeit Abschlüsse immer nur auf kurze Zeit getätigt werden könnten, da die Verhältnisse sich ständig änderten.

An Kuhnens Ausführungen schloß sich eine sehr lebhafte Aussprache. Die Delegierten erklärten, daß draußen die Stimmung sehr erregt sei und die Bergarbeiter sich kaum mit diesem Ergebnis einverstanden erklären werden, denn ihre Notlage sei viel größer als allgemein angenommen werde. Oft könne nicht einmal das Notwendigste angeschafft werden. Nach weiteren Ausführungen von Karius wurde eine Entschließung einmütig angenommen, in der es heißt:

Die Konferenz bezeichnet das Resultat der neusten Verhandlungen angesichts der der heutigen Teuerung und Entwertung des Franken als viel zu gering. Sie sieht diese minimale Erhöhung der Löhne nur als eine vorläufige Vereinbarung an und beauftragt den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter in Verbindung mit den anderen Organisationen alles zu tun, um die Löhne der Saarbergleute mit der gewaltigen Teuerung in Einklang zu bringen. Von der Generaldirektion erwartet die Konferenz weiteres Entgegenkommen. Angesichts der Tatsache, daß die Teuerung im Saargebiet größer ist als in Elsaß-Lothringen und Frankreich müssen die Löhne der Saarbergleute entsprechend der Mehrteuerung auch höher sein.

Nervosität in Frankreich.

Poincare und die Ruhrbesetzung.

wtb. Paris, 8. März. Zu den außenpolitischen Ausführungen am Schluß der gestrigen Rede Poincares bemerkt die Journee Industrielle, Poincare habe noch einmal festgestellt, daß das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe und im Verhältnis der deutschen Zahlungen geräumt werden dürfe. Diese Erklärungen haben einige Leute enttäuscht, die auf das Anzeichen einer Schwenkung der französischen Politik gewartet hätten. Man müsse sich damit begnügen, das Zusammentreffen zwischen dem Optimismus des Ministerpräsidenten hinsichtlich der Arbeit der Sachverständigen und seiner Festigkeit in der Frage der Ruhrbesetzung zu verzeichnen.

Die Frankenkatastrophe.

wtb. London, 8. März. Der weitere Sturz des Franken erregt großes Aufsehen. Der Pariser Berichterstatter der Times schreibt, der Ernst der Lage werde von der französischen Regierung, im Parlament und in der Oeffentlichkeit erkannt. Dem Cityredakteur des Daily Expreß zufolge wurde gestern hier erwartet, daß der Franken weiter sinken werde. Gestern nachmittag sei ein dauerndes Angebot von Franken aus der ganzen Welt erfolgt. Es sollen sogar Geschäfte in Höhe von 116 Franken für das Pfund abgeschlossen worden sein.

Poincare und der Franken.

wtb. London, 9. März. Der aufsehenerregende neue Sturz des französischen Franken findet hier die größte Beachtung. Der Manchester Quadiam schreibt, Poincares Nervenkraft sei offenbar an ihren Grenzen angelangt. Sein brutales Ultimatum an den Senat, seine finanziellen Reformen sofort anzunehmen, sehe wie die Handlung eines Mannes aus, der entweder die Selbstbeherrschung verloren habe oder zum Rücktritt gezwungen werde. Sunday Times verkündigt in Fettdruck, Poincare kämpfe um sein Leben. Unter der Ueberschrift Ruhrnemesis führt das Blatt aus, der Franken falle und reiße Poincare mit sich. Seine Politik sei es, die die Wege für den augenblicklichen Sturz der französischen Währung geebnet habe. Poincares Hasardspiel sei fehlgeschlagen. Wenn er Geld von Deutschland wolle, um den Franken vor dem Zusammenbruch und sich selbst vor Niederlagen bei den kommenden Wahlen zu retten, so müsse er das Ruhrgebiet verlassen, und alles zurücknehmen, was er öffentlich während der letzten Wochen gesehen habe.

Sanierungspläne in Frankreich.

wtb. Paris, 9. März. Heute vormittag fand im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik eine Beratung statt, an der außer dem Ministerpräsidenten teilnahmen: Der Finanzminister, die Gouverneure der Bank von Frankreich sowie die Mitglieder des Generalrates dieser Bank. Es wurden alle Maßnahmen besprochen, durch die man die Sanierung der Finanzen und die Wiederaufrichtung des Franken erzielen will. In dem nach Schluß der Beratung veröffentlichten offiziellen Communique heißt es, die Regierung werde beim Senat darauf bestehen, daß die Finanzgesetze rasch angenommen werden, und sie werde die Erklärungen wiederholen, die sie vor der Kammer abgegeben habe und die die Notwendigkeit beweisen sollen, daß die Ausgaben eingeschränkt und der Anleihepolitik ein Ende bereitet werden müsse. Die Bank von Frankreich werde die Bemühungen der Regierung unterstützen und alle erforderlichen Maßnahmen treffen.

Zum Frankensturz.

wtb. Paris, 10. März. Vom heutigen Tage an werden die Personentarife der französischen Eisenbahnen in der 3. Klasse um 47,10 Prozent, in der 2. Klasse um 48,4 Prozent und in der 1. Klasse um 50 Prozent erhöht.

Amerika und die Wirtschaftskonferenz.

wtb. Washington, 8. März. Im Weißen Hause ist angefragt worden, ob die Vereinigten Staaten sich an einer internationalen Wirtschaftskonferenz beteiligen würden, falls diese im Anschluß an die Berichte der Sachverständigen in Erwägung gezogen werden würde. Die Antwort habe dahin gelautet, daß der Zusammentritt dieser Konferenz nur erst eine Hypothese sei und daß die Frage dem entsprechend nur in hypothetischer Form beantwortet werden könne. Die Vereinigten Staaten hätten zu wiederholten Malen abgelehnt, an einer derartigen Konferenz teilzunehmen und es bestehe zur Zeit kein Grund, der einen Wechsel in der Haltung der amerikanischen Regierung aktivieren könnte.

Schwierigkeiten bei der belgischen Regierungsbildung.

wtb. Paris, 7. März. Nach einer Brüsseler Meldung des Temps ist Theunis bei der Bildung seines Kabinetts auf gewisse Schwierigkeiten hinsichtlich der Personalfrage gestoßen. Gewisse katholische Kreise verlangten für ihre Partei das Portefeuille des Auswärtigen oder das Justizministerium. Auch die Haltung des flämisch-katholischen Abgeordneten van Canwelaers bleibt ungewiß. Dagegen hätten die liberalen und katholischen Führer der Kammer und des Senats eine Tagesordnung veröffentlicht, in der sie verlangen, daß das neue Kabinett Theunis vor allen die Finanz- und Wirtschaftslage wieder herstelle, den Kampf gegen die Teuerung durchführe, den Wechselkurs verbessere und an der Lösung der Reparationsfrage mitarbeite. Der Berichterstatter glaubt, daß Theunis vielleicht morgen das Kabinett gebildet haben wird.

Marokko und Spanien.

wtb. Madrid, 8. März. Das offizielle Kommunique aus Marokko von gestern abend 7.30 Uhr besagt: die Rückkehr der Schutzabteilung von Tizzi-Azze sei vollzogen worden, ohne daß der Gegner sie in irgend einer Weise belästigt habe, was den Beweis dafür liefere, daß der letztere hart mitgenommen sei. Die spanischen Verluste seien im Verhältnis zu dem Umfang der Operation leicht gewesen. Der Feind habe seine Toten und Verwundeten auf dem Kampffeld zurückgelassen.

Amerikanische Amnestie für die Deserteure des Weltkrieges

wtb. Washington, 7. März. Präsident Coolidge hat alle Militärpersonen, die während des Krieges und des Waffenstillstandes als Deserteure verurteilt worden sind, begnadigt.

Kurze politische Nachrichten.

bb. Berlin, 8. März. Nach Blättermeldungen hat der Reichskanzler heute vormittag eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten über die Frage der Wahlen gehabt.

bb. Berlin, 8. März. Den Blättern zufolge kann es jetzt als feststehend angenommen werden, daß aus wahltechnischen und aus religiösen Gründen die Neuwahlen zum Reichstage im April stattfinden.

wtb. Paris, 8. März. Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist ein Teil der Prinzen und Prinzessinnen gestern abgereist. Die meisten reisen heute abend bei Ablauf der gestellten Frist zu See oder zu Lande nach Rumänien, der Schweiz, Aegypten, Frankreich, Italien und Syrien ab. Jeder erhält bei der Abreise 1000 türkische Pfund. Später soll eine Gesamtsumme nachverteilt werden, deren Höhe die Nationalversammlung bestimmen wird.

wtb. Paris, 8. März. Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist das türkische Kabinett gestern zurückgetreten und von Ismed Pascha entsprechend den von der Nationalversammlung angenommenen Reformbestimmungen gebildet worden. Auch in dem neuen Kabinett ist Ismed Pascha Ministerpräsident und Außenminister.

Die Militärkontrolle.

hb. **Berlin**, 8. März. Zu der neuen Militärkontrollnote der Botschafterkonferenz berichten die Blätter, der Inhalt der Note lasse erkennen, daß es sich hier um ein Kompromiß zwischen den Regierungen von Frankreich und England handelt. Die in der Note angekündigte Wiederaufnahme der allgemeinen Militärkontrolle bedeute für das deutsche Volk eine neue moralische Belastung. Die Germania betont den Wunsch, aus der Sackgasse herauszukommen, in der man sich augenblicklich befinde. Sie könne aber nicht Maßnahmen zustimmen, wie sie die Note vorsehe, die über den Versailler Vertrag hinausgehen. Die alliierten Regierungen dürften nicht vergessen, daß auch die deutsche Regierung mit einer öffentlichen Meinung zu rechnen habe und daß aus der Mißhandlung der deutschen Seele schwerlich der Zustand der Beruhigung und der Wille zum Frieden erwachsen könne, der die beste Sicherung für Frankreich sei. — Das Berliner Tageblatt bezeichnet die Forderungen der nochmaligen allgemeinen Militärkontrolle für Deutschland als unerträglich. Hinsichtlich der in der Note erwogenen Garantiekomitees bemerkt das Blatt, es sei zwar in Aussicht gestellt, daß das Komitee dauernden Charakter haben soll, aber eine sichere Bindung für die zeitliche Begrenzung der Wirkung des Komitees fehle. — Der Vorwärts erhebt im Sinne des Versailler Vertrages, der die Abrüstung einerseits Deutschland, aber die Einleitung allgemeiner Rüstungen allen Nationen auferlegt, die Forderung, die in dem Vertrag und in der Note vorgesehene Völkerbundsaufsicht unterschiedslos auf alle Völker auszudehnen. Nehme Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft an der Ausübung dieser gegenseitigen Aufsicht des Völkerbundes über seine Mitglieder teil, dann verwirkliche sich der Bund gleichberechtigter Völker.

Londoner Stimmen.

wtb. **London**, 8. März. Wie Reuter hört, besteht in maßgebenden Londoner Kreisen keine Neigung, auf die Rede des deutschen Ministers des Auswärtigen, die er über die Frage der Militärkontrolle gehalten hat, einzugehen. Diese Haltung wird damit begründet, daß der deutschen Regierung, als der Minister seine Rede hielt, noch nicht einmal im Besitz der neuen Note der Botschafterkonferenz war, die dem deutschen Botschafter gerade erst in Paris übergeben wurde. Die Rede des Minister stützt sich daher lediglich auf Zeitungsnachrichten. Man hofft, daß, wenn die deutsche Regierung sich erst im Besitze der alliierten Note befindet, die Vorteile der alliierten Vorschläge in die Erscheinung treten würden, wodurch eine ruhigere Betrachtung ermöglicht werde. Deutschland behauptet, die von den Alliierten geforderte Entwaffnung durchgeführt zu haben. Die Alliierten sind indessen während der ganzen letzten Jahre außerstande gewesen, irgend eine Inspektion zu unternehmen und haben daher kein Mittel, die Richtigkeit der deutschen Behauptungen nachzuprüfen. Wenn Deutschland die Annahme des von den Alliierten vorgeschlagenen Garantiekomitees ablehnt, so bleibe den Alliierten keine andere Wahl, als die beschwerliche und schwerfällige Kommission Nollet beizubehalten, die doch in Deutschland unpopulär ist. Anm. des WTB.: Daß die deutsche Regierung, als der Minister des Aeußern seine letzte Rede hielt, noch nicht im Besitz der jüngsten Kontrollnote der Botschafterkonferenz war, und daß sich dieser in seiner Rede daher auf diese Note noch gar nicht beziehen konnte, haben wir bereits festgestellt. Nicht richtig ist aber die Behauptung, daß die Alliierten während der ganzen Jahre außerstande gewesen seien, eine Inspektion vorzunehmen und daß sie kein Mittel hätten, die Richtigkeit der deutschen Behauptungen nachzuprüfen. Tatsächlich sind in der Zeit zwischen dem 15. Januar und dem 31. Mai 1923 weit über 250 Kontrollhandlungen vorgenommen worden. Nicht weniger als 240 Kontrollhandlungen haben auch glatt durchgeführt werden können, deshalb nämlich, weil in vielen Fällen die interalliierte Militärkontrollkommission bei der Zusammensetzung der Inspektionskommissionen auf die durch Ruhrbesetzung ausgelöste Stimmung der Bevölkerung Rücksicht nahm. Daß die Kommission vom Monat Juni an diesen Brauch verlassen hat, ist eine Maßnahme, die sie nicht der deutschen Regierung zu verdanken hat.

Die neue Prager Korruptionsaffäre.

Prag, 6. März. Die vor einigen Tagen gemeldete **Benzin-Korruptionsaffaire im Landesverteidigungsministerium** ist zu einem **ungeheuren Skandal** angewachsen. Mehrere Offiziere des Ministeriums und auch Zivilpersonen, darunter der Chefredakteur des tschechischen Amtsblattes und früherer Syndikus des tschechischen Journalistenverbandes, Dr. **Svatek**, sowie dessen Gemahlin, befinden sich bereits in **Haft**. Die Beschuldigten haben im Verein mit den liefernden Firmen durch eine mindere Qualität des Benzins und überdies durch wucherische Preise **Millionengewinne an Bestechungen** eingeheimst. Die zahlreichen Todesstürze von Militärfliegern, die sich in der letzten Zeit ereigneten, sind, so wird jetzt angenommen, vorwiegend auf die schlechte Beschaffenheit des Benzins zurückzuführen. Die Korruption reicht bis zu den höchsten militärischen Stellen. Wie das kommunistische Organ meldet, sind sogar der Chef des Generalstabes, der französische General **Mittelhauser** und der ehemalige Verteidigungsminister Hussak in die Affaire verwickelt. Wie verlautet, stehen noch weitere sensationelle Verhaftungen bevor, die auch in den **höchsten Kreisen** mehrere Opfer erfordern dürften. Die Kommunisten haben in der heutigen Sitzung des Parlaments die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Aufdeckung aller an dieser Affaire beteiligten Persönlichkeiten gefordert.

Die neue Goldnotenbank.

Eine Darstellung der „Information"

wtb. **Paris**, 6. März. In einem Artikel über die Statuten der künftigen Goldnotenbank macht die Information folgende Angaben:

Die Sachverständigen scheinen sich auf den Standpunkt gestellt zu haben, daß der Aktivsaldo der Reichsbank unzulänglich und daß es daher möglich sein würde, der deutschen Finanzverwaltung ihre Passiven gegenüber der Rentenbank, das heißt die Vorschüsse in Höhe von 1200 Millionen Rentenmark, abzunehmen, die diese der Finanzverwaltung gewährt habe. Dies würde das erste Ziel der neuen Notenbank und vielleicht sogar der auf der Garantiegrundlage der deutschen Eisenbahnen aufzulegenden Anleihe sein. Die Emissionsbank könnte auf diese Weise ihre Tätigkeit mit einem Aktivum von mindestens 1200 Millionen Goldmark aufnehmen, das wie folgt zusammengesetzt wäre: 1. durch das Kapital der Bank selbst (etwa 400 Millionen, die sich wie folgt zusammensetzen: 100 Millionen für den Immobilienbesitz der Reichsbank, 150 Millionen, die das Ausland zeichnet, 150 Millionen, die das deutsche Kapital aufbringt), 2. durch einen Teil der internationalen Anleihe auf Grund der Eisenbahnen in Höhe von 400 Millionen Goldmark, 3. durch eine innere Anleihe durch 400 Millionen Goldmark in Obligationen, garantiert durch einen Teil der Hypothek, auf Grund deren die Emissionsbank errichtet würde, die Operation laufe alles in allem darauf hinaus, daß Deutschland ermächtigt werde, eine Auslandsanleihe von 550 Millionen Goldmark aufzunehmen, wofür als einzige Kompensation vorgesehen sei, daß der Aufsichtsrat der neuen Bank aus 14 Direktoren, 7 Deutschen und 7 Ausländern (1 Amerikaner, 1 Engländer, 1 Italiener, 1 Franzose, 1 Belgier, 1 Holländer, 1 Schweizer) zusammengesetzt sein werde. Der Vorsitzende soll ein Deutscher sein und ausschlaggebende Stimme haben, aber seine Vollmachten würden nichtsdestoweniger, was die Vorschüsse an die Reichsregierung anlange, beschränkt sein durch diejenige eines alliierten Zensors oder Kontrolleurs, sodaß jede Möglichkeit einer neuen Inflation vermieden werde. Das Personal der alten Reichsbank solle ganz beibehalten werden. Der Aufsichtsrat hätte das Recht, durch Mehrheitsbeschluß die Zahl der deutschen Direktoren zu erhöhen, sodaß Deutschland, wenn es seine Verpflichtungen erfüllte, die Möglichkeit erhielte, die vollständige Kontrolle des Emissionsinstituts wieder zu erlangen. Sobald die Liquidation der Reichsbank und der Rentenbank vollzogen und sämtliche von ihnen ausgegebene Scheine gegen Goldmark

Der Hitlerprozeß.

Nachmittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung wurde zur Vernehmung des Fabrikbesitzers Max Kühner aus München geschritten, der Vorstandsmitglied der Vaterländischen Verbände ist. Er gibt seinen Gesamteindruck dahin wieder, daß die Herren Kahr, Lossow und Seißer vor einer schweren und fast unerfüllbaren Aufgabe standen, daß sie sich aber des Ernstes der Lage bewußt waren.

Als nächster Zeuge folgt Generalmajor Hans **Ritter von Hemmer**, der von den Vorgängen im Bürgerbräu einen bedrückenden Eindruck gewonnen hat. Insbesondere bei Lossow und Seißer war er der Ansicht, daß sie ihre Erklärungen nur gezwungen abgaben.

Zeuge Hauptmann a. D. **Ebel** war in der Versammlung im Kasino des Infanterieregiments, wohin Generalmajor von Hemmer gegen 11 Uhr gekommen war. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß Generalmajor Hemmer den Ereignissen mindestens zuzustimmen schien und sogar seine Freude zum Ausdruck gebracht habe. Der Zeuge vertritt die Ansicht, daß Generalmajor von Hemmer die Sache absolut ernst genommen hat.

Die Vernehmung des nächsten Zeugen Oberleutnants **Hohenleitner** ergibt keine wesentlich neuen Momente.

Hierauf wird Generalmajor Freiherr von **Kreß** vernommen. Der Zeuge nimmt zunächst als Führer der 7. Division zu den schweren Verdächtigungen Stellung, die im Laufe des Prozesses gegen die Reichswehr vorgebracht wurden. Die Behauptung, daß auf dem Odeonplatz aus einem Panzerkraftwagen geschossen worden sei, bestreitet der Zeuge ganz entschieden. Auch die Annahme, daß nach der Einschließung des Reichswehrkommandogebäudes die Reichswehr den Waffenstillstand gebrochen und das Feuer eröffnet habe, sei falsch. Die Reichswehr habe am 9. November blutenden Herzens ihre Pflicht getan und ihr Gewissen sei durch keinerlei Schuld belastet. Die neue Belastung, die dieser Prozeß für die Reichswehr bedeute, habe diese nur noch fester zusammengeschlossen.

Schließlich werden noch Major **Nügel** und Oberleutnant **Braun** vernommen, der die gegen ihn gerichteten Vorwürfe als erlogen und völlig erfunden bezeichnete. — Die Verhandlungen werden am Samstag fortgeführt werden.

wtb. **München**, 8. März. Die heutige Vormittagssitzung begann mit der Vernehmung des Obersten Etzel-Regensburg, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erfolgte. **Die Kontrollmaßnahmen haben insofern eine Verschärfung erfahren**, als bei nicht öffentlichen Verhandlungen das Publikum sich nicht im ersten Stock bewegen darf, weil Unterhaltungen vor dem Verhandlungsraum nicht geduldet werden können. Um 10,15 Uhr wurde die Oeffentlichkeit der Sitzung aufgenommen. Zunächst gab

General Ludendorff

gegenüber den Ausführungen des Generals Kreß die **Erklärung** ab, daß die Mitangeklagten Mitglieder des alten Heeres waren und im Kriege gekämpft haben. Sie sehen in der Reichswehr die Fortsetzung des alten Heeres und kämpften daher nicht gegen die Reichswehr und das Offizierskorps. — Rechtsanwalt **Roder** nimmt Bezug auf eine Erklärung des Zeugen **Hoffmann**, wonach dieser seinerzeit **den Eid auf die Verfassung nicht geleistet** habe. Von der Polizei sei nun eine Erklärung veröffentlicht worden, daß Hoffmann den Eid doch geleistet habe. Hoffmann bestreitet, daß er eine solche Eideserklärung abgegeben habe. Um Hoffmann von dem Vorwurf einer falschen Aussage zu entlasten, sollte ihm die Möglichkeit gegeben werden, vor dem Gericht seine Ehre wiederherzustellen.

Hierauf wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten. Generalmajor von **Tieschowitz** wandte sich gegen die Behauptung, daß die Angehörigen der Infanterieschule, die belastende Aussagen gemacht hätten, von ihren Vorgesetzten in ungebührlicher Weise behandelt worden wären. Diese Behauptung treffe nicht zu.

Zeuge General von **Epp** macht die Feststellung, er habe seinerzeit die Studentenschaft nicht eingeladen, um sie zur Parteinahme für Hitler zu gewinnen. Er habe nur die Absicht gehabt, beruhigend auf die Gemüter einzuwirken. Auf Befragen erklärte der Zeuge, daß es einige höhere Offiziere waren, die ihn baten, die Besprechung mit der Studentenschaft zu arrangieren.

Justizrat Kohl tritt den Ausführungen des Zeugen entgegen indem er bemerkt, General Epp habe beispielsweise **Hitler Ehrenwortbruch vorgeworfen** und außerdem Oberleutnant Roßbach angegriffen. Er habe erklärt, er sei stolz darauf, daß sein Sohn an der Besprechung im Namen der deutschen Studentenschaft teilnahm und erklärt habe, die deutsche Burschenschaft stelle sich nicht hinter einen Mann der sein Wort gebrochen habe. Auf eine Anfrage der Verteidigung, ob er die blau-weiße Schrift kenne, antwortete Epp: **Ja! Nicht aber den Herausgeber oder Verfasser.**

Es folgt die Vernehmung des Generalleutnants Karl von **Hildenbrandt**, der Ludendorff seit seiner Jugend kennt. Zeuge bekundete, **daß Ludendorff selbst an das Wort Kahrs geglaubt habe.** Als in den Morgenstunden des 9. November die Anzeichen sich immer mehr verdichteten, daß Kahr seine Ansicht geändert habe, sah Ludendorff in dieser Handlungsweise Kahrs seinen nachträglichen Umfall. In gleicher Weise habe Ludendorff das Wort Lossows bewertet. Jedenfalls sah Ludendorff darin, daß ihm Kahr und Lossow von ihrem nachträglichen Umfall keine Mitteilung gemacht haben, einen Verrat an sich und der Bewegung. Ludendorff habe ihm gesagt, er habe sich entschlossen, der völkischen Bewegung die Treue zu halten und er würde ein ganz gemeiner Schurke sein, wenn er Hitler in dieser Lage verlassen würde. Den Zeugen habe am meisten die Aussage überrascht, daß Ludendorff von **einer weiß-blauen Gefahr gesprochen haben soll**, wo der Zeuge doch wußte, daß Ludendorff eine hohe Verehrung für das Haus Wittelsbach in sich trug. Was die Aeußerungen Ludendorffs über die **katholische Gefahr** betreffe, so erklärte der Zeuge, daß er niemals eine Rede von Ludendorff gehört habe, in der er nicht von Gottvertrauen sprach. Ludendorff habe aus christlichen Gründen niemals die Katholiken hinter die Protestanten gestellt.

Der Zeuge Oberleutnant von **Berchem** vom 1. Bataillon des Infanterieregiments 19 wird zunächst unvereidigt vernommen. Seine Angaben widerlegen die Behauptungen, daß Leutnant Braun den Leutnant Castelle erschossen haben soll und bezeichnet diese als eine Verleumdung, wogegen Justizrat Dr. Schramm protestiert. Der Zeuge betont weiter, es habe ihm durchaus fern gelegen, Ludendorff Ehrenwortbruch vorzuwerfen. Der Befehl vom 9. November, das Feuer zu eröffnen, falls von der anderen Seite geschossen werde, sei von General Danner gegeben worden. Zur Pfalzfrage bemerkt der Zeuge, sollte die Untersuchung, die Braun gegen sich selbst angestrengt habe, ergeben, daß die Behauptungen richtig seien, so werde der Zeuge die Konsequenzen daraus ziehen.

Leutnant a. D. **Hecker**, der in der Nacht zum 9. November im Wehrkreiskommando anwesend war, bekundete, er habe sich auf Veranlassung Kriebels in die Garnison begeben, um mit Lossow zu sprechen. Dieser habe erklärt, das Wort sei gebrochen worden und infolgedessen sei keine weitere Verständigung mehr möglich.

Hierauf wird Polizeimajor **Imhoff** vernommen. Gegen die Vereidigung dieses Zeugen erhebt Rechtsanwalt Roder Einspruch mit der Begründung, daß dieser Zeuge in erster Linie als Mittäter in Betracht komme, wenn hier von Hochverrat gesprochen werden könne. Das Gericht faßt nach kurzer Beratung den Beschluß, Imhoff zu vereidigen.

Der Zeuge Imhof führt aus, Oberst Banzer habe anläßlich einer Besprechung in München am 9. Oktober festgestellt, für die Landespolizei gebe es nur eine Pflicht: sie müsse gegen alle Umsturzversuche einschreiten. Außerdem habe Banzer damals eröffnet, daß in diesem Sinne auch die Verbände informiert werden sollten und daß dabei den kursierenden Gerüchten entgegenzutreten sei. Dann kam die Chefbesprechung bei Oberst v. Seißer am 8. Oktober, in der dieser u. a. sagte, Hitler und Ludendorff strebten die Bildung einer nationalen Reichsregierung in Bayern an, wobei Herr v. Kahr niemals mitmachen würde. Ludendorff habe sich verpflichtet, nichts zu unternehmen, was ihn in einen Konflikt mit der Landespolizei und der Reichswehr bringen könne. Hitler habe erklärt, er werde nichts unternehmen ohne vorherige Verständigung mit dem Generalstaatskommissar. Seißer betonte noch: Sollte wider Erwarten der Kampfbund doch losschlagen, so wisse er, daß die Landespolizei ihre Pflicht tun werde, so schwer es ihr auch falle. Darüber seien auch die Herren nicht im geringsten im Zweifel gelassen worden. Außerdem erwähnte Seißer, daß die Namen Kahr, Lossow und Seißer für ein Flugblatt mißbraucht worden seien. Der Zeuge Imhof kommt dann auf die Ereignisse am Abend des 8. November zu sprechen. Auf die Nachricht vom Ueberfall im Bürgerbräu habe er die Landespolizei alarmiert und auf eigene Verantwortung die Besetzung der Hauptpost und des Telegraphenamtes veranlaßt, um die Fernleitungen in der Hand zu haben. Er habe damals den Ereignissen mit innerem Mißtrauen gegenübergestanden. Seißer habe in der Türkenkaserne u. a. geäußert, das sei ein zweiter Kapputsch, aber noch schlechter als der erste. — Der Zeuge schildert dann die weiteren Vorgänge. Nach 3 Uhr morgens sei ein Abgesandter des Generalstaatskommissars gekommen, der den schweren Auftrag von der Verhaftung Poehners und Fricks überbrachte.

mit denen man die umlaufende Papier- und Rentenmark zurückkaufen werde, rediskontiert sein, müsse die neue Bank ihre Deckung, ihre Reserven, ihre Portefeuille konstituieren, und könnte dann die Emission bis zu 3 Milliarden Goldmark vornehmen und das Diskontgeschäft betreiben. Dem Verfasser des Artikels ist versichert worden, daß der Statutenentwurf, der dem Sachverständigenkomitee unterbreitet wird, strengste Vorsichtsmaßregeln vorsehe, und daß namentlich das kommerzielle Kreditgeschäft für den Anfang im Ausmaße von 50 Prozent gedeckt sein müsse, oder auch, daß der Diskontsatz mit einer Spezialabgabe erhöht werden solle, die der Unzulänglichkeit der Golddecke angemessen wäre. Die Bank und die Deckung werde vollständig außerhalb Deutschlands, wahrscheinlich in Amerika bleiben.

Stadt-Nachrichten.

Saarlouis, 10. März.

Stadtverordneten-Versammlung

am 7. März 1924.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Latz, anwesend 17 Stadtverordnete. Die Tagesordnung wies außer einigen kleineren Vorlagen, die debattenlos angenommen wurden, hauptsächlich die Neufestsetzung von Steuerordnungen sowie die Vorauszahlung zur Einkommensteuer auf.

Es wurde beschlossen die Vorauszahlungen auf die gemeindlichen Einkommensteuer nach Paragraph 1 der Verordnung der Regierungskommission vom 30. Januar 1924 zu erheben. Hiernach würde die Vorauszahlung für je 100 Mark des für 1922 u. 23 staatlich veranlagten Einkommensteuersatzes für natürliche Personen 18,— Frcs. und für nichtphysische Personen 28,— Frcs. betragen. Um bei der Einkommensteuer auch diejenigen zu erfassen, die im Laufe des letzten Jahres ihr Geschäft eröffnet haben, wurde beschlossen, daß für diejenigen Steuerpflichtigen, die im Jahre 1923 nicht veranlagt waren, die Vorauszahlungen nach Paragraph 2, Absatz 1a (d. h. auf Grund der jetzigen Steuererklärung) ermittelt werden sollen.

Die Lustbarkeitssteuerordnung wurde nach dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf, der sich eng an die von der Regierungskommission herausgegebene Mustersteuer-Ordnung hält, angenommen. Die neue Ordnung unterscheidet zwei Steuerarten, die Karten- und die Pauschalsteuer. Wir geben nachstehend die wichtigsten Steuersätze wie sie beschlossen wurden, bekannt. Für jede ausgegebene Eintrittskarte oder Tanzabzeichen usw. beträgt die Steuer

bei einem Eintrittspreis bis zu 2.— Frcs. 10 Prozent
von 2—5.— Frcs. 15 Prozent
von 6—10.— Frcs. 30 Prozent.
über 10.— Frcs. 40 Prozent

Für Lichtspielvorführungen beträgt die Mindestkartensteuer 25 Prozent. Für Kostümfeste, Maskenbälle, Varietes, Bars Weindielen u. dergl. Veranstaltungen beträgt die Steuer ohne Rücksicht auf die Höhe des Eintrittsgeldes 50 Prozent. Für das Tragen von Masken (Maskenkarten) pro Person täglich 10.— Frcs. Hierbei ist erwähnenswert, daß in diesem Jahre, wie der Bürgermeister auf Anfrage eines Stadtverordneten mitteilte, der Erlös aus den Maskenkarten 15 000 Frcs. betragen hatte. Für Theatervorstellungen, Konzerte pp. in geschlossenen Räumen wird eine Pauschsteuer wie folgt erhoben:

bei einem Flächenraum von 50 qm täglich 5 Frcs.
von 100 qm täglich 10 Frcs.
von 200 qm täglich 20 Frcs.
von 300 qm täglich 30 Frcs.
von 400 qm täglich 40 Frcs.

Für Lichtspiele, Tanzbelustigungen, Varietes, Bars, Weindielen beträgt die Pauschsteuer:

bei einem Flächenraum von 50 qm täglich 15 Frcs.
von 100 qm täglich 30 Frcs.
von 200 qm täglich 60 Frcs.
von 300 qm täglich 90 Frcs.
von 400 qm täglich 120 Frcs.

Für künstlerisch hochstehende Veranstaltungen, sollen 10 Prozent des Brutto-Ertrages an Steuer gezahlt werden.

Die Hundesteuer wurde wie folgt festgesetzt:

für den ersten Hund 40 Frcs.
für den zweiten Hund 100 Frcs.

und für jeden weiteren Hund den doppelten Betrag des vorhergehenden Satzes. Die von Hundezüchtern zu zahlende Zwingersteuer hat mindestens 200 Frcs. zu betragen.

An Konzessionssteuer wird in Zukunft erhoben werden:

Bei Neuerrichtung eines Gast- und Schankwirtschaftsbetriebes 8 Prozent des Jahrespachtwertes, mindestens aber 500 Frcs.

Bei Uebergang eines derartigen Betriebes an einen anderen Gewerbetreibenden 4 Prozent des Jahrespachtwertes, jedoch mindestens 300 Frcs.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden wie folgt erledigt:

Punkt 1 Verkauf von Industriegelände wurde in die geheime Sitzung verwiesen.

Die bisher der Reichsbank gegenüber übernommene Garantie-Verpflichtung wurde bei der Bedeutung, die die Reichsbank für das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt hat auf weitere drei Jahre übernommen.

Der hiesigen Sanitätskolonne wurde ein Zuschuß zu ihrer Medikamentensammlung in Höhe von 1500 Frcs. bewilligt und ferner beschlossen, dem Wunsche der Kolonne entsprechend, einen Krankenwagen anzuschaffen welcher Eigentum der Stadt bleiben aber der Sanitätskolonne zum Krankentransport überlassen werden soll. Der Preis des Wagens, der bei der Firma Köhler u. Co. in Heidelberg bestellt werden soll, beträgt 438,— Goldmark.

Auf eine Anfrage eines Stadtverordneten bemerkte der Bürgermeister, daß dieser Zuschuß nur für die Sanitätskolonne Saarlouis 1 sei, da in Saarlouis 2 keine Sanitätskolonne bestehe. Sollte sich dort auch eine solche bilden, würde er selbstverständlich sofort dafür sein, daß auch diese Kolonne von der Stadt weitgehenst unterstützt wird.

Anschließend fand noch eine geheime Sitzung statt.

⁂

— **Eine neue Saardelegation nach Genf.** Wie wir von zuständiger Seite erfahren, begab sich Samstag eine Delegation des Landesrates, bestehend aus den Herren Rechtsanwalt Levacher und Sanitätsrat Dr. Jordans (Zentrum), Rechtsanwalt Dr. Sender und Schäfer (Soz) Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling und Schmelzer (Saarl. Volksp.) nach Genf, um mündlich die Forderungen zu vertreten, die in den beiden kürzlich in der Saarpresse veröffentlichten Denkschriften, betreffend die Wahl des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission des Saargebietes und die Anhörung der gewählten Vertreter der Saarbevölkerung vor dem Hohen Rate des Völkerbundes und die Auswirkung der Frankenentwertung auf das Wirtschaftsleben des Saargebietes erhoben worden sind.

— **Brotpreiserhöhung.** Die Regierungskommission gibt folgende Bekanntmachung betr. die Höchstpreise für den Verkauf von Brot bekannt: Auf Grund der Verordnung der Regierungskommission betr. die Festsetzung der Höchstpreise für den Verkauf von Brot, Nummer 43 vom 11. Januar 1924 (Amtsblatt Nr. 3, Seite 26) wird mit Wirkung vom 7. März 1924 ab folgendes bestimmt: Paragraph 1) Die Bekanntmachung betr. die Höchstpreise für den Verkauf von Brot vom 16. Februar 1924 wird aufgehoben. § 2) Für den Verkauf von Gemischtbrot jeglicher Mischung wird ein Höchstpreis von Fr. 0,65 das Pfund festgesetzt. § 3) Zu diesem Preise muß in jeder Brotverkaufsstelle jederzeit genügend Brot feilgeboten werden. — Saarbrücken, den 6. März 1924. Der Präsident der Regierungskommission als Regierungskommissar für Handel und Gewerbe: (gez.) Rault, Staatsrat.

— **Schulferien im Saargebiet für das Jahr 1924.** Beginn des neuen Schuljahres am Dienstag, den 29. April, Pfingstferien von Freitag, 6. Juni bis Montag, 16. Juni, für Orte ohne höhere Schulen von Freitag, 6. Juni, bis Mittwoch, 11. Juni; Sommer- und Herbstferien von Donnerstag, 31. Juli bis Freitag, 12. September, und Samstag, 25. Oktober bis Montag, 3. November. Für Orte ohne höhere Schulen ist die Gesamtdauer dieser Ferien 43 Tage; die Festsetzung erfolgt durch den Landrat im Einvernehmen mit dem Kreisschulrat nach Anhörung der Schulvorstände. Die Weihnachtsferien dauern von Dienstag, 23. Dezember bis Mittwoch, 7. Januar. Schluß des Schuljahres 1924/25 am Dienstag, 7. April 1925.

Von Nah und Fern.

st. Ottersheim. (Ein Autounfall.) Ein von Germersheim kommendes Lastauto kam am vorletzten Sonntag in der Kurve beim Gemeindehaus infolge des nassen Schnees ins Rutschen, fiel mit zwei Rädern in den Dorfbach und mit dem Oberteil gegen das Pfarrhaus. Die Insassen blieben unverletzt. Erst nach langer Mühe konnte das beschädigte Auto unter Zuhilfenahme eines anderen Autos herausgezogen werden.

st. Mannheim. (Selbstmord.) Gestern abend kurz nach fünf Uhr hat sich ein Gasarbeiter in der verlängerten Neckarvorlandstraße unter einen Rangierzug geworfen, so daß ihm der Kopf vom Rumpf abgetrennt wurde. Grund zur Tat dürfte Schwermut sein.

st. Köln. Im Museum für Naturkunde, in dem seinerzeit durch Brand schwer beschädigten Stapelhause, sind die Wiederherstellungsarbeiten soweit fortgeschritten, daß der Hauptsaal im 1. Stock den Besuchern wieder freigegeben werden kann. Die übrigen Räume werden voraussichtlich in einigen Monaten eröffnet.

wtb. Elberfeld. (Rätselhafte Todesfälle.) Im hiesigen Eisenbahndirektionsbezirk wurden gestern morgen zwei Personen tot aufgefunden, und zwar in Barmen-Wichlinghausen der Rangierarbeiter Peter Köhler, der von Arbeitskameraden bewußtlos neben den Gleisen aufgefunden wurde und kurz darauf starb, und zwischen den Stationen Langerfeld-Rüpperstag ein junger Mann von etwa 16 Jahren mit zertrümmertem Schädel. Wie die Beiden zu Tode kamen, steht noch nicht fest.

st. Worms. (Ueberfahren.) Am 4. März abends 7 Uhr wurde im hiesigen Hauptbahnhof der Bahnbedienstete Pezzold, geboren 1880 zu Lunstadt in Sachsen, von einem Zuge überfahren. P. war sofort tot.

st. Berlin. (Radio in Rußland.) Nach einer Reutermeldung des B. T. aus Moskau steht die Gründung einer russisch-französischen Gesellschaft zum Bau und Betrieb einer großen funkentelegraphischen Moskauer Station unmittelbar bevor. Die für den Bau erforderlichen Kredite sollen angeblich von einer französischen Finanzgruppe in Höhe von 2 Millionen Pfund aufgebracht werden. Nach einer anderen Meldung wird die Sowjetregierung auf der Londoner Konferenz um einen englischen Kredit von 150 Millionen Pfund Sterling zur Förderung der russischen Industrie nachkommen.

wtb. Berlin. (Päpstl. Ernennung.) Durch ein Breve des Apostolischen Stuhles wurde der Münsterische Universitätsprofessor Reichstagsabgeordneter Dr. Georg Schreiber zum päpstlichen Hausprälaten ernannt.

— Berlin. (Pferdediebstahl en gros.) Zahlreiche Pferdediebstähle, die besonders in der Uckermark verübt wurden, sind jetzt aufgeklärt. Der gefaßte Dieb ist ein gewisser Richard Schönemann, der erst vor wenigen Monaten nach Verbüßung einer längeren Strafe wieder auf freien Fuß gekommen war. Die beiden letzten Diebstähle, die ihm einwandfrei nachgewiesen werden können, gibt er zu, alles andere leugnet er noch. Schönemann ist das Haupt einer Pferdediebesbande, die in der Uckermark ihr Helfershelfer zum Auskundschaften und auch zur Ausführung der Diebstähle gehabt haben muß. Abnehmer war ein Pferdehändler Schebler aus der Kleinen Augustraße, bei dem Wagen und Pferde zunächst auch untergestellt wurden.

— Paris. (Ein reparierter Justizirrtum.) Der Apotheker Dauval, der 1878 in Paris zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt wurde, da er angeklagt war seine Frau durch Arsenik vergiftet zu haben, ist jetzt definitiv als unschuldig erkannt und rehabilitiert worden. Nachdem er 24 Jahre in Caledonien zugebracht hatte, hörte er von der Entdeckung einiger Gelehrten, die nachwiesen, daß der menschliche Körper an sich Arsenik enthält. Zwei Milligramm dieses Giftes, das in den Adern der Verstorbenen gefunden wurde, hatten zu seiner Verurteilung genügt. Er wurde im Jahre 1902 begnadigt, aber sein Gesuch um Revision des Prozesses wurde abgewiesen. Im Jahre 1923 machten berühmte Toxikologen dem Institut die Mitteilung, daß sich im menschlichen Körper 3 mg Arsenik befinden können. Außerdem wurde eine Nierenkrankheit festgestellt, deren Symptome den Vergiftungserscheinungen durch Arsenik ähneln. Angesichts solcher Beweise suchte Dauval von neuem um Revision des Prozesses nach. Vor dem Kassationsgericht zu Paris verlangte er 50 000 Franken Schadenersatz. Das Gericht verurteilte den französischen Staat zur Zahlung von 20 000 Frs. und einer lebenslänglichen Pension von 12 000 Frs. jährlich zur Wiedergutmachung der Folgen des Justizirrtums.

Paris. Nach einer Havas-Meldung aus Sofia verlautet: Auf das im Ausland verbreitete Gerücht, daß bewaffnete Banden sich anschickten, Streifzüge auf südslowisches Gebiet zu unternehmen, hat der Ministerrat den Behörden der Grenzbezirke Anweisung gegeben, alle Personen zu verhaften, die sich den Verdacht zuziehen, Zwischenfälle zu provozieren und die Ruhe zu stören. Es sind bisher in den verschiedenen Grenzorten ungefähr 200 Verhaftungen vorgenommen worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Stockholm. Nach Meldungen aus Südschweden dürfte der seit Freitag eingestellte deutsch-schwedische Fährenverkehr zwischen Trelleborg und Saßnitz heute oder morgen wieder aufgenommen werden. Saßnitz ist bereits eisfrei, da der Wind das Eis meerwärts abgetrieben hat. Die Einfahrtverhältnisse im Stockholmer Hafen haben sich weiter gebessert. Der schwedisch-finnländische Dampferverkehr ist auf schwedischer Seite, nicht behindert. In Süd- und Mittelschweden hat die Kälte stark nachgelassen.

Handelsteil

Ein Grund zum Frankensturz.

Starke Zunahme des Notenumlaufs.

Der letzte Wochenausweis der Bank von Frankreich hat in den politischen und Finanzkreisen starke Beunruhigung erregt. Es ergibt sich daraus, daß der Notenumlauf seit Beginn des Jahres um etwa 3½ Milliarden zugenommen hat und nicht mehr weit von der gesetzlich vorgesehenen Höchstgrenze von 41 Milliarden entfernt ist. Ende Dezember betrug die Summe der im Umlauf befindlichen Noten etwa 37 Milliarden, heute ist sie auf 40,9 Milliarden gestiegen. Andererseits hat auch der Betrag der an den Staat gewährten Vorschüsse in Höhe von 23,1 Milliarden bis auf 100 Millionen die dafür zugelassene Höchstgrenze bereits wiederum erreicht. Die Rückwirkung dieses Ausweises zeigte sich in einem neuen starken Ansteigen der ausländischen Devisen.

Wofür Frankreich die staatlichen polnischen Gruben erhielt.

Der „Oberschlesische Kurier“ läßt sich unter dem 1. März aus Warschau melden: In der Kohlenkommission des Sejm stellte das Mitglied der Wyzwolenie Professor der Lemberger Universität Barten an den Minister die Frage, ob es der Regierung nicht möglich sei, mit Hilfe der staatlichen Skarboferungruben auf die Kohlenpreispolitik einen Druck auszuüben, und somit preisregulierend zu wirken. Diese Gruben waren in preußischer Zeit staatliches Eigentum und der polnische Staat sollte eigentlich etwas mehr als die Hälfte der Aktien kontrollieren. Nun ist es aber ein öffentliches Geheimnis, daß diese Gruben den Franzosen in der Plebiszitzeit vertraglich als ein Privatunternehmen zugesprochen wurden. Diese Auffassung bestätigte der Minister Kiedron gegen seinen Willen, als er erklärte, daß die Gruben einer Privatgesellschaft gehören. Der Minister sagte, daß der Staat nicht in der Lage sei, Einblick in die Bücher dieser Gesellschaft zu erlangen. Der Minister sollte dieser Tage in dieser delikaten Sache weiter Aufklärung geben, aber er zog es vor, nicht in der Kommission zu erscheinen. Sein Vertreter lehnte verlegen jede Auskunft ab, was Herrn Barten veranlaßte, dieses Vergehen als unerhört zu bezeichnen. Im Zusammenhang damit verdienen die Worte besonders hervorgehoben zu werden, die der frühere Ministerpräsident und Vizemarschall im Sejm Moraczewski in der Budgetkommission aussprach. Er sagte wörtlich: „Es ist bekannt, daß die Abtretung der staatlichen Gruben in Oberschlesien das Bestechungsgeld für die Franzosen waren, für die Haltung, die sie in der Plebiszitangelegenheit in Oberschlesien eingenommen haben.“ Diesen aufrichtigen Worten haben wir nichts hinzuzufügen.

Währungsreform und Emission in Rußland.

Nach Mitteilungen des Vorsitzenden der Währungskommission des Finanzkommissariats Prof. Lojewsky soll die Einziehung der Sowjetrubel der Ausgabe 1923 gegen wertbeständige Staatskassenscheine (Goldrubelnoten) zu einem bestimmten Kurs in allernächster Zeit erfolgen. Im Januar ds. Js. betrug die Emission von Sowjetrubeln der Ausgabe 1923 154 508,3 Millionen gegenüber 79 673,6 Millionen im Dezember 1923 (in Tscherwonezwährung: Januar 2 042 200, Dezember 39 638 100 Tscherwonezrubel). Die Emission von Tscherwonezuoten belief sich im Januar auf 22 524 300 Tscherwonezrubel (Dezember 11 132 400 Tscherwonezrubel), die der Eisenbahnzertifikate auf 2 368 700 Tscherwonezrubel (Dezember 4 573 100). Der gesamte Geldumlauf Rußlands betrug am 1. Februar 311 250 200 Tch.-Rbl. (1. Januar 301 143 200). Davon entfallen auf Tscherwonezuoten und Eisenbahnzertifikate 87,4 Prozent und auf Sowjetrubel 12,6 Prozent.

Eintragung vom 3. 8. 1924 im Genossenschaftsregister Nr. 14 bei dem Endorfer Konsumverein e. G. m. b. H. Endorf: Die §§ 2, 4, 44, 47, 49 und 62 Ziff. 7 der Satzung sind durch Beschluß der Generalversammlung vom 5. Oktober 1924 abgeändert. Die Haftsumme beträgt 100 Franken. Der Schichtmeister Zoll ist aus dem Vorstande ausgeschieden. An seine Stelle ist der Bäckassistent Ludwig Nen in Endorf getreten.

Amtsgericht Saarlouis.

Frisch eingetroffen:

Weißer Saathafer,
Ia. Qualität, ferner
Kunstdünger
verschiedener Art 890

Saarlouis, den 8. März 1924.
Kreislagerhaus.

Buchdruck-Anleger in
für Tiegel- und Schnellpressen
suchen
Astra-Werke G. m. b. H.,
Saarlouis ∴ Trainkaserne.
886

Einen größeren Posten
Bandeisen
billig abzugeben.
Saar-Zeitung A.-G.
Saarlouis.

Viel Geld sparen Sie
wenn Sie Ihre
Sommerhüte
auf die neuesten Formen umnähen und färben lassen!
*
Panamas werden gewaschen u. gebrannt
Jetzt ist die beste Zeit!
Nur tadellose, erstklassige Arbeit bei billiger Berechnung.
Hutfabrik Peter Fischer
Saarlouis :: Bibelstrasse 30
Telefon Nr. 393
891

Bekanntmachung

Am Mittwoch, den 12. März ds. Js., nachmittags 2 Uhr, läßt die Stadt Saarlouis

mehrere Festmeter Pappel-, Nußer- u. Eichenholz auf dem Glawm

öffentlich meistbietend versteigern.

Treffpunkt: Pappelallee.

Saarlouis, den 6 März 1924. 884

Der Bürgermeister
Dr. Lap

12 jun e
Legehühner
2. Brut
mit Hahn
zu verkaufen. 856
Saarlouis 2,
Loris-Gartenstraße 11.

Warnung!

Seit einiger Zeit wird im hiesigen Bezirk eine grobe **Nachahmung** unserer **Sternwollen** verbreitet. Die Garne sind mit einem Limbande versehen, das in seiner Mitte unseren seit Jahrzehnten geführten und bekannten, schraffierten Stern trägt, der von vielen kleinen Sternen umgeben ist. Ohne Zusammenhang mit diesen, kaum erkennbar, auf Umbändern und Anhängern ein Cometenschweif anredeutet. Der Text ist in französischer Sprache gehalten. Die Bezeichnung lautet „A la Comète" u. „Comète Brune". Da uns der Stern in Wort und Bild jeder Art in allen Ländern gesetzlich geschützt ist,

warnen wir

auf Grund von § 14 des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen vor dem Feilhalten und Verkauf dieser Nachahmung. Im Falle der Nichtbeachtung dieser Warnung sehen wir uns gezwungen, zum Schutze unserer Rechte

Strafantrag

zu stellen. Auch behalten wir uns Schadenersatzansprüche in voller Höhe vor. 828

ALTONA-BAHRENFELD, im Februar 1924.

Sternwoll-Spinnerei Bahrenfeld G. m. b. H.
Tochtergesellschaft der Norddeutschen Woll-kämmerei u. Kammgarnspinnerei, Bremen.

Geschäfts - Verlegung

Der geehrten Einwohnerschaft von Saarlouis und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich mein
Fahrrad-Geschäft mit Reparatur-Werkstätte
nach der Weisskreuzstrasse gegenüber dem
Feinkosthaus Adolf Fecht
verlegt habe.
Halte mich bei der Anschaffung von **Fahrrädern** als auch sonstiger Fahrradartikel bestens empfohlen.
REPARATUREN
werden in eigener Werkstatt prompt und fachgemäß gegen billigste Berechnung ausgeführt
Hochachtungsvoll 893
ALOYS NEUERBURG
Saarlouis :—: Weisskreuzstrasse
(gegenüber Delikatessenhaus Fecht).

1 Rundstabfräsmaschine
System „Efferen", für gerade, gebogene, zylindrische und konische 8 Rundhölzer aller Art von 25—80 cm Durchmesser, mit Vorlegemesser sowie
1 Bandsäge,
70 Rollen Durchmesser,
zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes. 705

Zu sofort, zuverlässiger
Knecht
gesucht, der mit der Säumaschine Bäume aus dem Walde durchaus vertraut und nur besser Pferdepfleger ist. Dreizimmerwohnung vorhanden. 841
Bauunternehmer
V. Jungmann,
Dampfsägewerk
Saarwellingen. Tel. 22.

Kaufe
getragene 872
Kleider, Schuhe, Möbel, Pferde, Fahrräder usw.
Schmitt,
Engelstrasse 4.

Häute u. Felle
kauft 852
u. übern. in Lohngerbung
Lederfabrik Illmayer,
Hilbringen b. Merzig.

Starker
Wagen
Radstärke 9 cm
zu verkaufen. 806
Busendorf
Café „La Gare".

Haus-Verkauf!
Das den Erben Michel Roos gehörige in
Saarlouis, Adlerstr. 11 gelegene Wohnhaus 888
unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Näheres bei
Karl Walter,
Geschäftsführer,
Saarlouis.

Junges, besseres Ehepaar bezw. berufstätiger Herr ohne Damen können in Neubau, gute Lage Saarlouis
eine schöne Dreizimmerwohnung
gegen Hergabe eines Darlehns bezw. Vorauszahlung der Miete erhalten.
Angebote unter Nr. 880 an die Geschäftsstelle d. Blattes

Wohn- und Schlafzimmer
möbliert, zu vermieten.
Anfrage unter Nr. 796 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Ein- oder Zweifamilien-Haus in Saarlouis
gegen Barzahlung
zu kaufen gesucht.
Offerten unter Nr. 887 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kräftiger Junge aus achtbarer Familie in die
Lehre
gesucht.
Bäckerei Franz Maringer.

Frl. sucht ein schön
möbl. Zimmer
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Bl. 885

Gebr. Ries
Komplette Zimmer-Einrichtungen,
Klubmöbel — — Polsterwaren,
— — — Kleinmöbel — — —
Teppiche u. Dekorationen.
Größtes Möbelhaus Südwest-Deutschlands.
Saarbrücken 1
Hohenzollernstraße 9 Telephon 1251.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. März.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache erörtert **Reichsernährungsminister Graf Kanitz** die Ernährungslage. Die jetzige Ernährungskrise hat dazu geführt, daß noch immer Hunderttausende von Deutschen hungern und ausschließlich auf die Liebestätigkeit des Aus- und Inlandes angewiesen sind. Wir danken für die herzliche Hilfe aus dem Auslande und ganz besonders dem Papste. (Beifall im Zentrum.) Aber auch die Liebestätigkeit des Inlandes kann nicht hoch genug anerkannt werden. Im Vorjahre sind im Durchschnitt allmonatlich Lebensmittel für 1200 Kinder von der Landwirtschaft als Liebesgaben in die Städte geliefert worden. Die Landwirtschaft leidet gegenwärtig unter einer Ertragskrise, die sehr bald auch der ganzen deutschen Verbraucherschaft sich sehr grausam fühlbar machen wird. Der Steuerdruck auf die Landwirtschaft ist nach der Meinung des Finanzministers vorübergehend tragbar. Die Landwirtschaft muß aber jetzt vorübergehend schwere Opfer bringen, um die von ihr selbst gestützte Rentenmark stabil zu erhalten. Die gestern gegen die Goldnotenbank geäußerten abfälligen Bemerkungen kann ich nicht billigen. Die Rentenbank allein kann die Kreditansprüche der Wirtschaft nicht befriedigen. Die Landwirtschaft hat das größte Interesse an der Goldkreditbank. Wir sind heute ... vor dem Ziele der wirtschaftlichen Erleichterung. Die nächsten Monate werden noch sehr schwer sein. Aber die Landwirtschaft und Finanzwirtschaft darf nicht vor dem Ziele den Mut verlieren. In der Steuerfrage werde ich mich bemühen, den Uebergangscharakter des jetzigen Steuerdrucks zu betonen. In der Kreditfrage läßt sich bei der Gewährung von Rentenbankkrediten die Reichsbank nicht ausschalten, weil die Rentenbank keinen Kreditverteilungsapparat hat. Die unerhörten Zustände mit den Debetzinsen und den Bankprovisionen können so nicht weiter gehen. Die Zwischeninstanzen für die Reichsbank und Kreditnehmer nehmen so hohe Zinsen, daß der landwirtschaftliche Kredit mit 24—30 Prozent verzinst werden muß. (Hört, hört!) Das ist ein unmöglicher Zustand. 16 Prozent Zinsen für Rentenbankkredite sind auch noch zu hoch. (Sehr richtig!) Der Bezug von künstlichen Düngemitteln hat sich im letzten Monat beträchtlich gesteigert. In der Frage des Schutzes der einheimischen Produktion gegen die Ueberschwemmung mit ausländischen Produktionen will keine Partei kurz vor den Wahlen den Reigen eröffnen. Ohne Zweifel muß aber in absehbarer Zeit in irgend einer Form Erleichterung geschaffen werden. Es ist untragbar, daß die Industrie Schutzzölle hat, die Landwirtschaft dagegen nicht. Die Eisenbahntarife sind noch zu hoch. Aber bei der gegenwärtigen Finanzlage der Reichsbahn kann man noch nicht von einer Regelung der Gütertarife reden, die allen Anforderungen gerecht wird. Auch hier kann nur eine Erleichterung auf dem Gebiete der Reparationen Besserung schaffen. (Abg. Schiele ruft: Bis dahin sind wir verhungert!) Ich bin noch nicht der Meinung, daß wir verloren sind, wenn nicht in den letzten Wochen und Monaten die Reparationsfrage geregelt werden ist. Aber man muß in der Reparationsfrage arbeiten und schaffen und kann nicht mit Schlagworten darüber hinweg gehen. Um die Nahrungsmittel zu verbilligen, muß die Zahl der Zwischenhändler vermindert werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die gegenwärtige Auswanderungslust bei der Landwirtschaft ist erschreckend. Sie hungert noch nicht, aber wenn sie erst hungern würde, dann würde auch unsere ganze Volksernährung vernichtet. Die Verbraucher und Erzeuger sind unlösbar verbunden mit der Posperität der deutschen Scholle. Die Verbraucherschaft hat mit größtem Heroismus diesen Winter überstanden, in dem recht oft überhaupt kein Brot da war. Da ist es Pflicht der ganzen Wirtschaft, auch der Landwirtschaft, diese schwere Zeit mit erhobenem Haupte zu überstehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Schiffer (D.) erblickt in den Reden der Opposition den Beweis dafür, daß der Weg des Ermächtigungsgesetzes zur Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten geeignet ist, und verlangt, daß der Reichstag auch für die Notverordnungen für die Regierung trotz mancher Bedenken die Mitverantwortung übernimmt, indem er keine Aufhebungsanträge stellt.

Hinter den Anträgen der Opposition steht kein positiver Aufbauwille, sondern nur die zersetzende negative Kritik. Die sozialdemokratischen Anträge könnten die Währungswirtschaft gefährden. Wenn die Gesundung fortschreite, werde man allerdings einen Teil der Anregungen folgen können. Der schematische Achtstundentag könne allerdings nicht wieder hergestellt werden, denn die Mehrarbeit sei eine wesentliche Voraussetzung für die Neubelebung der Wirtschaft. Die Anträge der Koalitionsparteien hielten sich im Rahmen des Möglichen und ohne das ganze zu gefährden. Sie wollten zum Beispiel nicht Aufhebung der Personalabbauverordnung, sondern baldige gesetzliche Neuregelung des Beamtenrechts. Der Redner fordert die Möglichkeit der

Rechtsbeschwerde für abgebaute Beamte

auch für die Vergangenheit. Die verhaßte Wucher- und Preisgesetzgebung müsse endlich verlassen werden. Die gesunde Art des Handwerks und der verarbeitenden Industrie darf nicht durch eine Zollpolitik auf dem Verordnungswege erschwert werden. Wir verlangen gerechte Verteilung der Steuerlast innerhalb der Landwirtschaft. Auf außenpolitischem Gebiete zeigt sich eine Entspannung, die durch verblendete politisch unreife Kreise leicht gefährlich wird, das zeigt der Münchener Prozeß. Nicht die Phrasenhelden, sondern wir und mit uns die sonst die Reichsregierung stützenden Parteien sind in Wahrheit die Freiheitsparteien.

Abg. Beyerle (Bayr. Volksp.) tritt für eine föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung ein. Die letzte Rede des Demokraten Koch habe in ihrer unitaristischen Tendenz das notwendige Verständnis für den Staatsgedanken der Länder vermissen lassen. Die von ihm gewünschte Dezentralisation sei grundverschieden von der Eigenstaatlichkeit Bayerns, die die Bayerische Volkspartei erstrebe. Die föderalistische Bewegung in Bayern sei kein Kunstprodukt sondern wurzele tief im bayrischen Volkscharakter. Die Bayerische Volkspartei hat mit dem Hitlerputsch nichts zu tun und hat die Bestrebungen dieser Kreise stets zurückgewiesen. Die schärfste Zurückweisung verdienen die Angriffe Ludendorffs gegen den kerndeutschen Dr. Heim, der nie mit den separatistischen Plänen etwas zu tun gehabt hat.

Reichswirtschaftsminister Hamm: Die Rechtfertigung der Steuernotverordnung und der übrigen in den Einzelheiten vielleicht anfechtbaren Verordnungen besteht darin, daß sie unbedingt notwendig sind, um die Stabilisierung der Rentenmark und eine gewisse Sicherheit der Wirtschaft zu gewährleisten. Es ist nicht zu leugnen, daß manche Steuern die Wirtschaft über Gebühr belasten, aber die Wirtschaft muß diese Lasten tragen in dem Bewußtsein, daß

eine neue Inflation noch viel schlimmere Wirkungen

haben müßte. Wir müssen eine aktive Handelsbilanz anstreben. Gegenwärtig zeigt unsere Handelsbilanz aber eine Neigung zur Passivität. Mit der Aufhebung der Einfuhrverbote und der gleichzeitigen Ermäßigung der Zölle haben wir ein Mittel in der Hand, die Presse zu beeinflussen. Gegen Ueberschreitungen der Devisengesetzgebung werde mit aller Strenge eingeschritten, schon im Interesse des soliden Bankgewerbes und der Wirtschaft. Wir brauchen jetzt im Interesse der Währungsstabilität billige Preise. Die notwendige Steigerung der Produktion muß begleitet sein von einer Einschränkung der unproduktiven Lehrlaufarbeit. Wirtschaftsfragen dürfen nicht vom Gesichtspunkte der Parteipolitik aus behandelt werden.

Abg. Bartz (Komm.): Alle Redner der Parteien und die Regierung haben bisher diese Debatte dazu benutzt, um Wahlpropaganda zu treiben. Mit dem Ausnahmezustand und mit der Soldateska der Republik will man das Proletariat niederknüppeln. Die Arbeiter werden hierauf bei den Reichstagswahlen die Antwort geben. Um 9 Uhr vertagt sich dann das Haus auf Montag, 2 Uhr.

Eine Kammerrede Poincares.

wtb. Paris, 7. März. Die französische Kammer setzte heute nachmittag die Beratung über die vorliegenden Interpellationen über die Innenpolitik der Regierung fort. Ministerpräsident Poincare ergreift das Wort: Die Zwischenfälle, die sich vor acht Tagen ereignet hatten, hätten ihn veranlaßt, einzugreifen, damit vor den Kammerwahlen eine Debatte nicht verlängert werde, die geeignet sei, die Parteileidenschaften aufzupeitschen. Eine Sitzung wie in der vorigen Woche könne nur die Gegner des parlamentarischen Regimes erfreuen. Er seinerseits werde nichts unternehmen, was einen Zwischenfall hervorrufen könne. Der Ministerpräsident erinnert daran, daß er sich am 15. Juni 1923 über die innere Politik bereits ausgesprochen habe. Seine Ansichten hätten sich nicht geändert. Er verteidige die republikanischen Institutionen, halte die Schulgesetze aufrecht und wende die Gesetze über die Kongregationen für Missionare an. Die Regierung habe damals die Mehrheit bestimmt, auf die sie zähle, die Regierung wolle weder die Gefangene der Rechten noch der äußersten Linken sein. Poincare erinnert daran, daß er eine Gelegenheit wünsche, die es ihm gestatte, seine Außenpolitik, die auf die restlose Ausführung der Verträge abziele, auch fernerhin durchzuführen. Seine damaligen Ausführungen seien von der Kammer mit 354 gegen 61 Stimmen gebilligt worden und man habe sie im ganzen Lande affichiert. In den letzten Wochen habe er wiederholt Gelegenheit gehabt, sich über die Innenpolitik namentlich vor dem Senat auszusprechen. Gestern noch habe die Regierung sich vor dem Senat für die Annahme der Steuergesetze eingesetzt. Im Juni 1923 habe die Regierung auch sich für die Laienpolitik ausgesprochen und ihre Ansicht über die soziale Gesetzgebung entwickelt. Der Ministerpräsident verbenge sich vor der Kammer, die die Regierungen unterstützt habe, die eine Politik europäischer Ordnung betrieben und die vor allen Dingen die Verträge gesichert haben, ohne in irgend einer Weise den Frieden zu stören. Nach einer Serie fruchtloser Konferenzen habe Frankreich eine strenge Haltung annehmen müssen, um seine Rechte zu wahren. Mehr wolle er von der Außenpolitik nicht sagen. Aber es wäre ungerecht, wenn man die verschiedenen Regierungen anklagen wolle, daß sie nicht die Verwaltung reorganisiert hätten. Die jetzige Regierung habe in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung eine schwierige Aufgabe zu studieren gehabt, da die ihr voraufgegangene Kammer im Taumel des Sieges großmütig gewesen sei und die Inflation vermehrt habe. Aber trotz des Versagens Deutschlands sei es möglich gewesen, die befreiten Gebiete wieder herzustellen. Man habe 600 000 Häuser, 20 000 Fabriken aufgebaut, 5400 Kilometer Eisenbahnen und 1454 Kilometer Kanäle fertiggestellt. Poincare verwahrt sich gegen die Zurufe der linken Seite, die er als revolutionären Quatsch bezeichnet. Die Kammer habe ferner die 18monatige Dienstzeit angenommen. Sie habe soziale Reformen durchgeführt, sodaß man sagen könne, daß Frankreich stolz auf sein republikanisches und nationales Regime sein könne. Frankreich denke nicht daran, seine politischen Ansichten zu exportieren und sein inneres Regime andern Ländern aufzuzwingen. Der kommunistische Abgeordnete Berthon ruft dazwischen: Und Rußland!? Der Ministerpräsident antwortet: Wenn in Genua die russische Regierung nicht anerkannt wurde, geschah es nicht wegen der Form der russischen Regierung, sondern weil Rußland seine Schulden nicht anerkennen wollte. Was den General Wrangel anbetreffe, so habe er ihn niemals anerkannt, denn als das geschehen sei, sei er weder Ministerpräsident noch Präsident der Republik

---

Der Hans vom Deich.

Roman von Gustav Finke-Bülter.

10) (Nachdruck verboten.)

„Einer allein ist unnütz. Zum Erlösen muß das ganze Fischervolk seine Kraft sammeln. Und wenn ich's vorwende, Blanke wird mir nicht glauben — niemand wird mir glauben."

„Ein Vorwand, ja, Hans, es ist kein Vorwand. Verlaß dich auf mein Wort und glaube mir. Mit Gold wiegt man dein Können auf. Was du und die dreißig andern in tagelanger Fahrt aufbringen, in Schmutz und Nässe, mit unsäglichen Mühen, das wirft dir später ein einziger Abend leicht in den Schoß — und mehr."

Jetzt richtet Hans seine Blicke fest auf Charlotta, ungläubig erstaunt, daß sie ihren Spaß mit ihm treiben wolle. „Daß du lügen mußt, um mich von Föhrungen zu locken — —!" Die Hand, die in der seinen lag, schob er von sich.

„Ich lüge nicht", sagte sie ruhig.

„So sollte es wahr sein?"

„Es ist wahr?"

Charlotta fühlte, wie es im Inneren des stolzen Burschen arbeitete, wie seine Heimatliebe, sein Treuwort zu Blanke und die jäh aufgeloderte Leidenschaft zu ihr, der Wunsch nach Gold mit einander rangen. Darum schwieg sie. Doch ihre Augen zogen ihm den Willen aus der Brust. Ihr Kopf lag zurückgelehnt an seiner Schulter, das rotbraune Haar hatte sich gelöst und fiel in sanften Wellen auf des Mannes Knie. Spielerisch griff sie über ihr Haupt, nahm eine der lockeren Flechten und wand sie um seinen Nacken.

„Diese Kette zerreißt du nicht, Hans."

„— — — Ich kann nicht weg von Föhrungen."

„Jenseits des Wassers wartet die Liebe und das Leben."

„Es ist noch kein Tjarks froh geworden dadraußen."

„Hast du mich lieb?"

„Charlotta — —!"

„So wirst du niemals froh werden, wenn ich dich verlasse. In zwei Tagen geht mein Schiff."

„Bleib hier, Charlotta."

„Im engen Häuschen auf dem Deich?"

„Ein Nest ist es, so warm und fest wie kein anderes auf Föhrungen."

„In zwei Tagen geht mein Schiff."

Da quoll es in ihm auf. „Du bist bei mir gewesen vom ersten Tag, auf hoher See und im Hause auf dem Deich. Ich will nicht ohne dich sein. Ich kann nicht ohne dich sein. Warum bist du gekommen?"

Frage den Sturm, warum er daherbraust, die Blume, warum sie blüht. Sie wissen es nicht, keiner weiß es."

„Nein, wir wissen es nicht. Bloß wenn eins im Sturm umkommt oder eine Blume vor der Zeit verblüht, dann fühlen sie es wohl und fragen — warum? Der Mensch aber, der die Blume zertreten hat — — —."

„Blanke ist deine Schwester."

„Ja — ja!" Hans Tjarks warf den letzten Anker aus, daran sein kreisendes Gewissen still liegen sollte. „Sie ist meine Schwester. Wie anders kann es möglich sein, daß mein Blut zu dir spricht, Charlotta, und daß es heilig schweigt bei Blanke? Sie nimmt es leicht, gewiß. Ich will doch für alle sorgen und auch für sie. Und wenn ich einmal heimkomme und Gold bringe so viel, wie tausend Tage Fahrt nicht bringen — —."

„Deine Landsleute zwar vergißt du nicht, du ziehst ja aus, um ihnen beizustehen. Aber heimkehren, Hans, oder dich heimsehnen wirst du nicht, wenn du erst einmal am Kelch der Lebensfreude genippt hast."

Ueber des Fischers Züge flog ein Schatten, seine Augenbrauen zogen sich zusammen. Noch einmal focht er einen kurzen, harten Kampf aus. Dann fragte er: „Willst du mich halten, wenn mir das Sehnen nach Föhrungen ankommt?"

„Nein, ich will dich nicht halten. Ich geh mit dir."

III.

Sie nahmen es auf, je nach ihrer Art, viel Erstaunen zeigt der Fischer nicht. So und so, gutgeheißen hat es von den Männern keiner, und an warnenden Stimmen hat es nicht gefehlt. Nun, der Hans biß sich durch. Um sechs Uhr am selben Morgen sollte Ausfahrt sein, Karl Gipkens stand auf Deck, das Klarmachen des Kutters verfolgend. Neben ihm war Eltje, sein Weib.

Hans Tjarks trat mit unruhigen Augen an den Blondbärtigen heran.

„Ihr müßt ohne mich ausfahren, Karl", sagte er möglichst gleichmütig, „ich will zum Festland — — fort."

Karl Gipkens musterte ihn scharf. „Ach so, hat einer gefunden, daß deine Kehle zu schade ist für die Fischer? Recht so, Fred Poppendieks Rat war gut."

„Ich sing einmal vor Königen."

„Es ist der Könige Verdienst, wenn sie den Bänkelsänger anhören wollen."

„Karl Gipkens!" Der Zorn fuhr ihm in den Leib. „Ich will für euer aller Brot singen, auch für das deine."

Der Führer streckte den Arm zum Meer. „Dort dort holt sich's der freie Fischer. Ich mag dein Versprechen nicht."

Er trat an den Klüverbaum und schaute ins Weite, wo schon etliche Föhrunger Kutter die Segel blähten. Die Hand zum Abschied gab er dem Jungen nicht.

So wandte sich Hans und sah noch einmal, zum letzten Male das Schiff an, seinen lieben alten „Kehrewieder", der ihn so oft hinausgetragen, der ihn trotz Seegang und Flut, trotz Eis und Sturm und tausend Fährnissen immer wieder heil ans Land gebracht. Dankbarkeit empfand er, und ihm war, als müsse er jedes Tau und jede Trosse, jedes Segel und alles, was ihm vertraut geworden in den vielen Jahren, liebkosen und auch Abschied nehmen von ihm. Ein leichtes Stück ist es nicht, dachte er mit stiller Wehmut. Dann seine Freunde, die derben, braunen Burschen, die den nachdenklichen Kameraden leiden mochten, sie drückten ihm fast die Hände blutig.

(Fortsetzung folgt.)

gewesen. In Frankreich gebe es nur noch eine kleine Zahl von Personen, wie Leon Daudet, die monarchistische Gedanken vertreten. Zur äußersten Linken gewandt, erklärte Poincare, die Regierung sei entschlossen, allen den Weg zu versperren, die glaubten, den Gedanken einer Weltrevolution oder des bolschewistischen Paradieses propagieren zu sollen. Wenn er eine gewisse Schwäche für Marcel Cachin habe, so sei es deshalb, weil er ihn am Tage des Einzugs in Straßburg habe weinen gesehen. Er habe sich, als er sein Kabinett gebildet habe, bemüht, den Burgfrieden bis zur effektiven Wiederherstellung des Friedens, also bis zur tatsächlichen Ausführung des Friedensvertrages von Versailles, aufrechtzuerhalten. In seinem Kabinett seien auch Radikale vertreten. Aber diese Radikalen habe man jetzt aus ihrer Partei ausgeschlossen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede spricht sich Poincare im einzelnen über die Beziehungen des Staates zur Kirche aus, sowie über die Beziehungen Frankreichs zum Vatikan. Er habe niemals den Versuch gemacht, die Schule in einen Gegensatz zur Kirche zu bringen, doch müsse jedes Kind Gelegenheit haben, Religionsunterricht zu erlangen. Die Freiheit des Schulregimes der Republik sei hierfür die beste Garantie. Die Kultusgemeinschaften, die sich bilden könnten, müßten dem kanonischen Gesetz und dem französischen Gesetz Rechnung tragen. Nach dieser Richtung habe der Papst formelle Entscheidungen getroffen. Er wiederhole also, daß diese Gesellschaften sich auf Grund des Gesetzes von 1905 bilden könnten. Im übrigen bezieht sich Poincare darauf, daß er in allem, was die Religionsgesetze betreffe, im Geiste Waldeck-Rousseaus vorgehe.

Nach einer halbstündigen Unterbrechung der Sitzung setzt Poincare seine Rede fort. Er bespricht ausführlich die Frage der Gehaltserhöhungen für die Beamten und geht alsdann dazu über, die Haltung der Präfekten zu besprechen. Alle Präfekten seien sich klar über ihre Pflicht. Wenn er sie empfange, dann berichteten sie nur über die wirtschaftliche und moralische Lage in ihrem Departement. — Poincare spricht sich alsdann über seine politische Einstellung aus. Er sei Linksrepublikaner und werde es bleiben. Es gebe viele Franzosen, die begriffen, daß die Regierung inmitten von Schwierigkeiten eine große vaterländische Aufgabe erfüllt habe und die auf ihren guten Willen vertrauten. Die Abgeordneten der Mehrheit hätten das bewiesen, als sie die von der Regierung verlangten Notgesetze annahmen. Es sei recht und billig, daß die Regierung dafür angesichts der Wählerschaft die Solidarität anerkenne, die sich zwischen ihr und der Mehrheit herausgebildet habe, und sie werde in diesem Punkte nicht versagen. Es handelt sich aber vor allem darum, eine Mehrheit zu schaffen, die kompakt und arbeitsam sei, um ohne Unterlaß an die Wiederherstellung des Landes zu arbeiten. Die kommende Kammer habe die Aufgabe, das begonnene Werk der jetzigen Kammer zu vollenden, das Budgetgleichgewicht herzustellen, soziale Gesetze zu schaffen, damit die Einigkeit zwischen Kapital und Arbeit unter Aufrechterhaltung der Freiheit des Arbeiters ermöglicht werde. Und das so grausam durch den Krieg mitgenommene Land wieder zu erheben, müsse der Gesetzgeber die parlamentarische Arbeitsmethode ändern. Die Erwählten des Volkes müßten den Mut haben, ihre Meinung durch eine Abstimmung kundzugeben. Man dürfe die Regierung nicht fortwährend mit Interpellationen belästigen, noch weniger aber mit persönlichen Forderungen und Empfehlungen. Entweder man wolle eine Regierung stürzen oder man lasse sie arbeiten und reden. Poincare spricht sich alsdann über den Klassenkampf aus und sucht durch eine Rede des Führers der radikalen Partei Herriot zu beweisen, daß dieser ebenfalls sich früher als ein entschlossener Gegner des Klassenkampfes bezeichnet habe. Der radikale Kolonialminister Sarraut habe erklärt, seine Freunde würden sich zu keiner internationalen Kampagne verstehen, um Deutschland von seinen Verpflichtungen gegenüber Frankreich zu befreien. — Poincare spricht sodann von dem Ermächtigungsgesetz, das nur den Zweck gehabt habe, auf verschiedenen Wegen Ersparnisse zu erzielen. Das sei nur ein Zwischenfall, aber es sei kein Prinzip. Kammer und Senat hätten vor einem Jahre mit großer Mehrheit die Ruhrbesetzung bewilligt, um Deutschland zu zwingen, seine Verpflichtungen zu halten.

Poincare bespricht alsdann die Rede Briands, die er in Carcasonne gehalten hatte. Er habe die Ruhrbesetzung für gefährlich und inopportun erklärt. Aber Herr Briand habe doch die Regierung in allem, was die Ruhrbesetzung anbelange, gebilligt. Briand verlangt das Wort. Poincare fährt fort, Briand habe sich nicht einmal der Abstimmung, in der die Ruhrbesetzung gebilligt worden sei, enthalten. Briand habe selbst die Notwendigkeit von Druckmitteln gegenüber Deutschland anerkannt. Er habe sogar 1921 eine Jahresklasse mobilisiert. Alle Konferenzen, die Briand mit Lloyd George gehabt habe, hätten mit Konzessionen Frankreichs geendet. Mit der Methode der Konferenzen habe er nicht brechen wollen, ohne aufs neue eine Anstrengung zu unternehmen. Erst nachdem die Konferenzen von London und Paris zu keinem Ergebnis geführt hätten, habe Frankreich sich zur Ruhrbesetzung entschlossen, nicht um eine militärische Geste zu unternehmen, sondern aus der Sorge heraus, einen Kampf zu „konservieren". Im Auslande, bei Frankreichs Alliierten, hätten alle Männer guten Glaubens, die Frankreich zuerst Unrecht gegeben hätten, erkannt, daß Frankreich Recht gehabt habe. Von 1921 bis 1923 habe Frankreich auf Konto Deutschlands Geld leihen müssen. Jetzt aber habe Frankreich ein Pfand in Händen, dessen Wert die gesamte Welt anerkenne. Wir verfügen, so fährt Poincare fort, über ein Zwangsmittel. Wir werden es nur nach Maßgabe der Zahlungen und nach vollkommener Zahlung aufgeben. Als wir in das Ruhrgebiet einzogen, haben wir immer erklärt, daß wir es auf Konto der Alliierten besetzen, daß wir immer ihre Vorschläge anhören würden, ja, daß wir sogar bereit seien, alle Vorschläge Deutschlands zu prüfen. Als Lord Curzon Frankreich in eine internationale Konferenz hineinlocken wollte, haben wir geantwortet, die Reparationsfrage dürfe nicht durch eine internationale Konferenz, sie müsse zwischen den Alliierten geregelt werden. Was die Sachverständigenkonferenz anlangt, so habe ich das Vergnügen, einer Meinung mit Herriot und Leon Blum zu sein. Wir haben die Aufgaben der Sachverständigen festgelegt. Die Konferenz ist noch nicht zu Ende. Alles, was ich sagen kann, ist, daß ich die feste Hoffnung hege, daß die Sachverständigenkommission sich nicht in Gegensatz zu der französischen Auffassung stellen werden, daß im Gegenteil die französischen Interessen von ihrem Bericht nichts zu fürchten haben. Ich hege die feste Hoffnung, daß es endlich zu einer Verständigung zwischen den Alliierten kommen wird, ohne daß wir irgend einen von unseren Ansprüchen zu opfern brauchen. Wenn auf diese Weise die Einheitsfront wieder hergestellt wird, so wird Deutschland erfüllen. Die Bremse, die durch die Ruhrbesetzung vor allem den Industriellen angelegt ist, hat die Wirkung, daß wir alle Aussicht auf eine rasche Durchführung der Generalregelung haben (Der kommunistische Abgeordnete Lafont ruft dazwischen: Wahlschwindel! — Abg. Uhry (S.) ruft: Das Pfund steht auf 113!) Poincare fährt fort: Die Behauptung des Abgeordneten Lafont ist um so unzutreffender, als die Frage noch vor den Wahlen völlig gelöst sein wird. Wir werden sehen, ob die Ereignisse uns Recht geben. Wenn wir demnächst irgend etwas erzielen, so vor allem deshalb, weil wir heute etwas in Händen haben. — Die innere Politik, fährt Poincare fort, ist durch die äußere Politik bedingt. Infolgedessen sei es unerläßlich, daß die Mehrheit, die aus den Neuwahlen hervorgehen werde, dem revolutionären und internationalistischen Einfluß völlig entzogen sei. Diese Mehrheit die ständig die Sorge um die nationale Verteidigung vor Augen haben müsse, könne weder militaristisch noch imperialistisch gesonnen sein. Diese Gefahr gebe es nicht in Frankreich.

Die Fortsetzung der Diskussion wird darauf auf Freitag nächster Woche vertagt.

K. K. Gefangene erlösen!

Der Katechismus führt diese Tat als eines der leiblichen Werke der Barmherzigkeit auf. Hätten wir keinen Krieg erlebt, wüßten wir kaum, wo es Gelegenheit gäbe, solche guten Werke zu verrichten. Die eigentlichen Kriegsgefangenen sind bereits zurückgekehrt. Leider warten noch Tausende aus dem passiven Widerstand der Befreiung. Nur die politischen Verhandlungen der Zukunft geben uns und ihnen hoffnungsvollen Ausblick. Nicht vergessen wollen wir als dankbare Katholiken der Bemühungen des Heiligen Vaters zur Befreiung der Familienväter, der Verwundeten und Kriegsuntauglichen und so mancher Opfer des Ruhrkampfes.

Heldenmütige Seelen des Mittelalters opferten sich selbst für ihre in die Gefangenschaft der Mohammedaner geratenen Glaubensbrüder und nötigten sogar den Anhängern des Islam Hochachtung vor den Christen ab.

Gibt's noch Gefangene zu erlösen? O ja! Nicht zwar in dem Sinne der körperlichen Befreiung; denn das verbietet Gesetz und bürgerliche Ordnung. Wohl aber in dem Sinne der seelischen Befreiung von den Banden des Lasters und der schlechten Gewohnheit. Es handelt sich um die Rettung der Gestrandeten aus dem Meere des modernen Wirtschaftslebens. Es handelt sich nicht immer um die ständigen Gäste der Kaschemmen, der Arbeitshäuser und Strafanstalten. Es gibt auch Erstlinge auf der Verbrecherlaufbahn, die man vielleicht zurückhalten könnte; Schwache, die man stützen könnte; Fünklein unter der Asche menschlicher Verwahrlosung, die man hüten und anfachen könnte! Vergebliche Arbeit! höre verzweifelnde Stimmen. Man lacht oder lächelt über die rettende Arbeit der Heilsarmee. Ist's christlich? Ist's katholisch? Schächer am Kreuz! Tatsächlicher Beweis gegen die Zweifler, für die Berechtigung der wahrhaft christlichen Arbeit der Heilsarmee. Unsere katholischen Organisationen zur Rettung der sonst verlorenen Existenzen sind während des Krieges und in der Nachkriegszeit aus Mangel an Mitteln eingegangen, nicht aus Mangel an idealen Seelen. Und gerade diese Zeit hat die Strafanstalten zu eng werden lassen. Ueberbelegt, teilweise bis zu 50 Prozent. Arbeit genug für die christliche Caritas! Man sucht nach Missionsfeldern. Wo ist der Orden, der sich dieses Missionsfeldes annehmen möchte? Für die weiblichen Gefangenen haben die Schwestern vom hl. Joseph (Mutterhaus Trier) besonders in ihrer Berliner Niederlassung in der hingebendsten Weise gesorgt unter steter Anerkennung sowohl der früheren wie der heutigen Staats- und Stadtbehörden. Wo aber bleibt die Fürsorge für die männlichen Gefangenen, deren Zahl ein Mehrfaches der weiblichen beträgt? Für die religiöse Fürsorge während der Strafzeit ist dank unserer Justizverwaltung hinreichend gesorgt, wenn es an einzelnen Stellen, wo die Katholiken in der Minderzahl vorhanden sind, auch noch besser werden kann. Wie aber steht's am Tage der Entlassung? Wer soll sich dann des Armen annehmen, dem es selbst bei dem besten Willen, sich ehrlich durch das Leben zu schlagen, unmöglich ist, Arbeit zu finden? Ein Makel klebt ihm an und macht ihn zum Verworfenen der Menschheit.

Unser Strafvollzug ist in den letzten zwei Jahren auf andere Grundlagen gestellt worden. Nicht Rache an dem Rechtsverbrecher soll der Zweck der Strafe sein, sondern Besserung seiner Seele. Man ist bemüht, die Strafvollzugsbeamten mit diesem Geiste zu erfüllen. Um Verblödung des Gefangenen zu verhüten, ist deshalb auch in den Gefängnissen für geistige Fortbildung neben der Anleitung zur körperlichen Arbeit zu sorgen. Leider sind die Bibliotheken der Gefängnisse auf diesen Zweck noch zu wenig eingestellt. Die Finanzen des Staates erlauben auch nicht, größere Mittel dafür flüssig zu machen. Hier muß die christliche Liebe einsetzen, um wenigstens in etwas das geistige Niveau der Gefangenen zu heben. In vielen Familien liegen Unterhaltungszeitschriften und Bücher; werden nicht mehr gelesen, weil man sie kennt. Warum gibt man sie nicht den Strafanstalten, wo sie unendlichen Nutzen stiften können? Dasselbe gilt von Gebet- und religiösen Belehrungsbüchern, von dem Schulkatechismus angefangen bis zur Handpostille. Wer nicht weiß, wo er sie hinschicken solle, adressiere: Xaveriusstift, Berlin C 25, Kaiserstr. 36. Wo Gefängnisvereine sind, trete man ihnen bei.

Wie wird der Weltenrichter sprechen? „Ich war im Gefängnis und ihr seid zu mir gekommen . . . Was einem dieser meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan."

Vermischte Nachrichten.

Die Aesthethik des Ohres.

Das Ohr spielt bei der menschlichen Schönheit eine wichtige Rolle, die meistens wenig beachtet wird. Außerdem aber ist die Form des Ohrs auch bezeichnend für die Geistesart des Menschen, und Irrenärzte haben schon häufig darauf hingewiesen, daß gewisse Unregelmäßigkeiten und Entstellungen der Ohren Zeichen von Degeneration sind. Immerhin kommen auch bei ganz normalen Personen schlecht geformte und häßliche Ohren nicht selten vor. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Frauen kleinere und feiner durchgebildete Ohren als die Männer haben, aber bei beiden Geschlechtern gibt es bedeutende Verschiedenheiten in Größe und Form. Das erste, was man bei einer „Aesthetik der Ohren" berücksichtigen muß, ist der Winkel, in dem sie zum Kopf stehen. Das normale Ohr darf einen Winkel von etwa 30 Grad nicht überschreiten, es gibt aber auch Ohren, die in einem rechten Winkel vom Kopf abstehen. Solche „abstehende Ohren" können auch das schönste Gesicht ins Häßliche und Lächerliche verzerren. Andererseits sind Ohren, die ganz fest am Kopf anliegen, ebenfalls unschön und rufen einen seltsamen Eindruck hervor, von dem man sich vielleicht nicht Rechenschaft gibt, der aber doch sofort auffällt. Die Ohren können auch zu hoch und zu niedrig, sie können zu weit vorn und zu weit hinten am Kopf stehen. Das sind alles Schönheitsfehler. Es ist schwer, genau festzustellen, wie groß das vollkommen schöne Ohr sein muß, denn es hängt natürlich von der Größe des Kopfes ab. Beobachtet man aber erst einmal die Ohrformen der Menschen, so wird man finden, daß sehr viele eine ungewöhnliche Gestalt haben, zu lang oder zu rund, zu groß oder zu klein sind. Die Gestaltung des Ohrs im einzelnen unterliegt gleichfalls zahllosen Verschiedenheiten. Beim musikalischen Menschen sind die Linien und Höhlen des Ohrs besonders reich entwickelt. Aber das Ohr erhält dann einen unruhigen Eindruck, der ebenso wenig schön ist wie der eines ganz flachen und glatten Ohrs. Daß die beiden Ohren verschieden groß sind, will man besonders bei Degenerierten beobachtet haben. Diese Erscheinung tritt aber auch bei geistig ganz Normalen auf, und zwar ist gewöhnlich das linke Ohr kleiner oder unregelmäßig geformt. Manche Ohren laufen spitz zu und erinnern dann an das „Spitzohr", das man bei Tieren findet. Solche Spitzohren sind bei Männern viel häufiger als bei Frauen und werden auch „Darwin-Ohren" genannt, da sie dieser große Gelehrte zuerst beschrieben. Die häufigste Unregelmäßigkeit des Ohres findet sich am Ohrläppchen, das an die Haut der Wange angewachsen ist, anstatt frei zu hängen. Dies soll nach den Angaben eines Ohrenspezialisten in 10 bis 30 Prozent aller Fälle zu beobachten sein, doch läßt eine sehr ausgesprochene Anwachsung des Ohrläppchens auf Degeneration schließen. Manchmal fehlt das Ohrläppchen ganz, ist zu klein oder zu groß, und in ganz seltenen Fällen findet sich sogar ein Doppel-Ohrläppchen oder ein Läppchen, das unten gespalten ist.

Briefkasten.

K. M. „Der letzte Klausner von St. Barbara" halten wir nicht für druckreif, während die beiden früheren Einsendungen gut gefallen haben und bereits veröffentlicht sind. Die Honorarabrechnung erfolgt gegen Ende März. Dann erhalten sie auch das nicht veröffentlichte Manuskript zurück.

Schiff in Not ist in seinem Inhalt ein nettes Gedicht jedoch zu lang. In der Kürze usw. An einigen Stellen sind noch sogenannte Plattheiten: leise plätschern die Wellen die Planken . . . .

Nur eine kleine . . . .
Nur ein wenig . . . .
Auch ein wenig . . . .

Diese Anfänge dreier sich folgender Verszeilen entsprechen nicht den Gesetzen der Schönheit. So sind noch einige Stellen in ihrem Gedicht, die den Anfänger stark verraten. Jedoch aller Anfang ist schwer und Uebung macht den Meister. Knapper im Aufbau, sicherer und gewandter im sprachlichen Ausdruck und Versmaß müssen sie noch werden ehe ihre Gedichte druckreif sind.

Unterstützt die Zentrumspresse!

Verantwortlich: Dr. Jakob Kluding, Saarlouis, für die gesamte Politik und Lokales, Paul Theisen, Saarbrücken—Saarlouis, für Feuilleton, Provinz und den übrigen redaktionellen Teil; Johann Morbe, Saarlouis für den Anzeigen- und Reklameteil.
Druck und Verlag:
Saar-Zeitung A.-G., zur Förderung kath. Interessen, Saarlouis, Kleiner Markt 1.

Das Gespenst der Grippe 892

geht immer noch um. Plötzlich fällt sie über den Menschen her, auch die leichteste Erkältung schon ist imstande, ihr den Boden zu bereiten. Schneller als man's gedacht, stellen sich Gliederreißen, Ischias, rheumatische Schmerzen und Kopfweh ein. Ein vorzügliches Linderungsmittel bei Rheuma, Gicht, Ischias sind die ärztlich vielfach empfohlenen Phylasso-Tabletten. Erhältlich in allen Apotheken zum Preise von Frs. 8.— p. Glas. Alleinhersteller: Chemische Fabrik Joh. Fritz Neuhaus A.-G. Ottweiler-Saar.